Stadt Wuppertal
Der Oberbürgermeister

Bericht	Geschäftsbereich	Schutz und Ordnung
	Ressort / Stadtbetrieb	Geschäftsbereich 3 - Schutz und Ordnung
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Werner Fischer 563 63 09 563 69 31 Werner.Fischer@stadt.wuppertal.de
	Datum:	22.02.2002
	Drucks.-Nr.:	**VO/0093/02** öffentlich

Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
06.03.2002	**Ausschuss Schutz und Ordnung**	**Kenntnisnahme**

Jahresbericht 2001 des Geschäftsbereichs Schutz und Ordnung

Grund der Vorlage

Die Berichterstattung erfolgt auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 01.07.96. Der vorliegende Bericht umfasst den Zeitraum vom 01.01.-31.12.01.

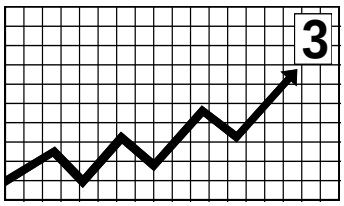
Beschlussvorschlag

Der Ausschuss Schutz und Ordnung nimmt den Bericht der Verwaltung über das Jahr 2001 zur Kenntnis.

Unterschrift

Hackländer

Anlagen



Geschäftsbereich Schutz und Ordnung

Jahresbericht 2001

Ansprechpartner:

GB 3 (Geschäftsbereich Schutz und Ordnung)	Beig. Hackländer	563-6820
300 (Geschäftsbereichsbüro)	Herr Fischer	563-6309
Ressort 301 (Standesamt, Melde- und Ausländerbehörde)	Herr Rubert	563-6806
Ressort 302 (Ordnungsaufgaben)	Herr Loewen	563-5238
Stadtbetrieb 303 (Chemisches Untersuchungsinstitut)	Dr. Henning	563-6099
Stadtbetrieb 304 (Feuerwehr)	Herr Blätte	494-300

1. Gesamtsituation im Geschäftsbereich:	
2. Geschäftsentwicklung:	
2.1 Entwicklung im Geschäftsbereich und den Leistungseinheiten	Das vergangene Jahr ist in den Leistungseinheiten des Geschäftsbereichs Schutz und Ordnung weitgehend normal verlaufen. Der im Dezember des Vorjahres erteilte Prüfauftrag zur Zusammenlegung des Stadtbetriebs Flüchtlinge (204) und der Ausländerbehörde (301.2) ist erledigt: Das Ziel der Schnittstellenreduzierung und wirtschaftlicheren Betreuung im Zusammenspiel der Geschäftsbereiche soll durch räumliche (nicht organisatorische) Zusammenlegung beider Dienststellen in einem Dienstgebäude Am Clef erzielt werden (siehe unten).
• Geschäftsbereichsbüro	Unter der Leitung des seit 1999 im GB-Büro eingesetzten Internet-Beauftragten wurde das Projekt „Wunschkennzeichen im Internet“ erfolgreich und ohne Verursachung externer Kosten abgeschlossen. Den Kunden der Kfz-Zulassungsstelle ist es nun möglich, die von ihnen gewünschten Kfz-Kennzeichen rund um die Uhr ohne vorheriges Aufsuchen oder telefonische Kontaktaufnahmen mit der Dienststelle zu reservieren. Das Internetangebot des GB 3 wurde inhaltlich und hinsichtlich des Formularangebotes sowie der Emailadressen weiter ausgebaut. Die Darstellung und Fülle der Produktinformation sowie die Aktualität des Angebotes führten zu sehr positivem Feedback in der Bürgerschaft und guten Kritiken der überörtlichen Fachmedien. Die seit mehr als einem Jahr regelmäßig erhobene eigene Zugriffsstatistik des GB 3 belegt nachhaltig die stark steigende Außennachfrage im Bereich dieses modernen Dienstleistungsangebotes. Die zur Begleitung der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (einschließlich SAP) im GB erforderliche fachliche Betreuung der Ressorts und Stadtbetriebe hat zum 01.09.01 Frau Rettig übernommen. Einen Monat später wurde die Stelle des Innenrevisors für den GB eingerichtet und mit Herrn Schulte besetzt. Damit wurde die vorher dezentral wahrgenommene Aufgabe auf GB-Ebene gebündelt.
2.1.1 Ressort 301	Die Geschäftsentwicklung verlief in den verschiedenen Schwerpunkt-Geschäften uneinheitlich. Im Meldebereich waren die Fallzahlen weiterhin konstant hoch. Im Einbürgerungsbereich kam es zu einem ca. 25%igen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr. Die Situation in der Ausländer-Behörde hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert. Relativ hohe Krankheitsausfälle und nicht besetzte Arbeitsplätze in der Meldebehörde gestalteten die Aufrechterhaltung der Publikumsbedienung besonders schwierig.
• Umbau Verwaltungshaus Steinweg	Der geplante Abschluss im September/Oktober 2000 hat sich erwartungs-gemäß verzögert. Dass allerdings eine Gesamtumbauzeit von fast 22 Monaten erreicht wurde, hat die Nerven aller Beteiligten arg strapaziert. Ein Lehrbeispiel für eine „unglückliche“ Projektleitung. Die endgültige Fertigstellung soll nun im Frühjahr 2002 erfolgen.
• Einbürgerungen	Die Fallzahlen stabilisieren sich auf dem Niveau von 1999. Aus der Anlage gehen die konkreten Fallzahlentwicklungen hervor. Die nach der Gesetzesnovelle 2000 im Team Einbürgerungen zusätzlich eingerichteten Stellen sind bereits wieder abgebaut worden.
• Umzug der Ausländerbehörde	Der Umzug – gemeinsam mit dem Ressort Zuwanderung und Integration - in das Gebäude Am Clef 58 wird voraussichtlich zum 30.04.02 stattfinden können.

• Lebenspartnerschaften	Seit dem 01.10.01 liegt die Zuständigkeit bei den Standesämtern. Aufgrund der komplexen und schwierigen Rechtslage werden Anmeldungen ausschließlich in Barmen angenommen – die Schließung der Lebenspartnerschaften ist an allen Standorten möglich.
• Wartezeiten	Die Wartezeiten in der Meldestelle Elberfeld waren – bedingt durch bis 65% Personalausfälle - zum Teil erheblich (2 Stunden). Es mussten zusätzlich wiederholt die Öffnungszeiten eingeschränkt werden. Eine ähnliche Situation ergab sich wiederholt im EU-Team der Ausländer-Behörde. Inzwischen hat sich die Situation in beiden Teams durch die Wiederbesetzung freier Stellen verbessert.
• Trauangebot	Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit (Beteiligung an Hochzeitsmesse, Pressekonferenzen, etc.), Elektronischer Traukalender, Internetauftritt und Ausweitung des Trauangebotes (Ambientetrauungen, Silvester) lassen Hochzeiten in Wuppertal zum Event werden. Die Nachfragen zeigen, dass das Standesamt mit seinem erweiterten Angebot bedarfsorientiert arbeitet. Der „Jahrhunderttermin“ 02.02.02 war bereits im Dezember ausgebucht.
• DV-Verfahren	Im Laufe des Jahres wurden für die Bereiche Ausländerwesen (LADIVA), Einbürgerungen (HEWin) und Einwohnerwesen (Meso) neue DV-Verfahren ausgewählt. Ausländer- und Einbürgerungsverfahren befinden sich bereits im Testeinsatz. Die notwendige Umstellung bzw. Einführung von drei neuen DV-Verfahren ist für das Ressort ein besonderer Kraftakt, der erhebliche Arbeitsleistung bindet.
2.1.2 Ressort 302	Im Allgemeinen bestand normaler Geschäftsverlauf. Besonders angespannt war die Situation allerdings in den Teams Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt infolge des gleichzeitigen Auftretens von BSE und MKS und der neuen Landeshundeverordnung sowie in der Führerscheinstelle wegen des Andrangs auf den EU-Führerschein. Am 23.01.01 wurden die zusammen gelegten Räumlichkeiten des Kommunalen Ordnungsdienstes, der Politessen Elberfeld und des Zentralen Ermittlungsdienstes im neuen Standort Neumarkt 2 (Victoria-Haus) offiziell eingeweiht.
• Geschwindigkeits-Überwachung	Der Rat hat in seiner Sitzung am 17.12.01 dem neuen Konzept Geschwindigkeitsüberwachung zugestimmt. Damit sind die Voraussetzungen zur Einführung einer mobilen Geschwindigkeits-Überwachung in 2002 geschaffen.
• Außendienste	Das Projekt Prozessoptimierung Außendienste wurde mit externer Beratung durchgeführt. Damit wurde nach der Verwaltungsreform wieder ein methodischer Weg zum Abbau von Schnittstellen und zur Vermeidung von Doppelarbeit beschritten. Mit der Stadtkasse konnten daraufhin Rahmenvereinbarungen für eine grundlegende Verbesserung der Zusammenarbeit für alle Abteilungen vereinbart werden.
• Kommunaler Ordnungsdienst (KOD)	Seit Anfang 2001 machen die acht Außendienst-Mitarbeiter des KOD von der Möglichkeit Gebrauch, Verwarn- und Bußgelder zu erheben. Die Finanzierung der insgesamt eingerichteten zehn Stellen - einschließlich Innendienst – wurde nur zu 43% aus dem Personalkostensonderfonds gesichert. Ein Differenzbetrag von ca. 160.000 € lässt sich auf Dauer nicht ressortintern auffangen. Die Einnahmeprognose wurde ebenfalls nur zu etwa 40% erreicht. Der Jahresbericht des KOD wurde im Ausschuss Schutz und Ordnung am 30.01.02 vorgestellt.

• Überprüfung von Gaststätten und Vereinsgastronomie	Das Thema „Maßnahmen des Ordnungsamtes und der Polizei gegen ausländische Vereine“ wurde seit Mitte März auf allen Ebenen – leider nicht sehr sachlich – öffentlich diskutiert. Unter Leitung des OB wurde in einer Veranstaltung das Thema erörtert. Diese hat zu einer systematischen Information aller bekannten konzessionsrelevanten Vereine (Kultur-, Sport- und Gartenvereine) geführt. Mit dem Verband der Kleingärtner wurde im November ein Grundsatzgespräch über Konzessionsmodalitäten von Vereinsheimen geführt. Vom 01.07.-31.12.01 wurden 101 Gaststätten (davon 10 Vereinsbetriebe) überprüft. Dabei wurden 83 Bußgelder sowie 24 Ordnungsverfügungen erlassen. Bei den Überprüfungen der Vereinsgastronomie wurden keine Verstöße festgestellt. Weiterhin hat das Lebensmittelüberwachungsamt / Lebensmittelhygiene vom 01.10. – 31.12.01 (separate Statistik erst seit dem 4. Quartal) 146 Gastronomiebetriebe überprüft. Es wurden 4 Bußgeldverfahren eingeleitet sowie zwei vorüber gehende Schließungen angeordnet.
• Kommunale Ordnungspartnerschaft	Im Rahmen der Ordnungspartnerschaft und unter Beteiligung weiterer Behörden haben eine Reihe von Überprüfungen (Beisp.: Aktion „Die Straße gehört uns“, Börse, City-Arkaden, Victoriahaus) mit bemerkenswerten Erfolgen stattgefunden.
• Veterinär- und Lebensmittelüberwachungs-Amt	In 2001 sind Entscheidungen zur personellen und Sachmittelausstattung getroffen worden, da die neuen Aufgaben (Landeshundeverordnung, BSE) mit den vorhandenen Ressourcen nicht zu bewältigen sind. Es wurden zwei neue Stellen (Lebensmittelkontrolleur, Verwaltung) eingerichtet. Budget und Besetzung stehen noch aus.
• Schwarzarbeitsbekämpfung	Die Erweiterung des Teams um drei weitere Stellen auf nunmehr 9 Stellen lässt sich nicht durch zusätzliche Einnahmen bei Bußgeldern kostenmäßig decken. Zum Controlling der zusätzlichen Personalkosten wird daher eine neue Vereinbarung mit dem Kämmerer angestrebt, die auf einen Kostendeckungsbeitrag des Ressorts 201 abzielt, da die neuen Stellen insbesondere in der Einsparung von Sozialhilfe wirken. Die Messgrößen und Fallzahlen in diesem Bereich lagen zum Jahresende in etwa bei den Prognosewerten. Am 04.02.02 wurden die Ergebnisse der Arbeit des Teams der Öffentlichkeit wieder im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt. Bemerkenswert ist noch, dass sich Ende Dezember 2001 92 Bußgeldverfahren mit einer Gesamtsumme von über 500.000 € im Einspruchsverfahren befanden.
• Großmarkt / Wochenmärkte	Mit drei Monaten Verzug bei den Verkaufsverhandlungen wurde im Februar die Großmarktsatzung nach Abschluss der Veräußerung des Großmarkts aufgehoben. Das Projekt „Privatisierung der Wochenmärkte“ wurde Anfang August gestartet.
• EU-Führerscheine	Die Nachfrage nach Umtausch in Kartenführerscheine hat sich erst zum Ende des Jahres normalisiert (ca. 700/Monat). Anfang 2001 haben die Mitarbeiter der Führerscheinstelle die vier- bis fünffache Anzahl von Anträgen (ca. 2.700 pro Monat) bearbeiten müssen – ohne zusätzliches Personal ein Kraftakt ohnegleichen!
• Neue DV-Verfahren	Die Entscheidung über ein neues Kfz-Verfahren (Telecomputer) ist getroffen worden. Damit steht das vorletzte Großrechnerverfahren (KOKIS) bei 302 für Mitte 2002 zum Ersatz an. In der Gewerbeabteilung wurde ein neues DV-Verfahren eingesetzt, das ein altes Zentralverfahren abgelöst hat. Dadurch konnten erhebliche Kosten für die Zentrale DV (Verrechnung) eingespart werden. In der Lebensmittelüberwachung wurde auf das neue DV-Verfahren Hamlet umgestellt.

2.1.3 Stadtbetrieb 303	Das Institut berichtet in den Sommermonaten regelmäßig in einem eigenen Jahresbericht ausführlich über Art und Umfang der Untersuchungen.
• Labordatensoftware WinLims	Trotz laufender Nachbesserungen im Laufe des Jahres 2001 konnte das System immer noch nicht 100%ig abgenommen werden.
• Amtl. Untersuchungen	Zur Reorganisation und Straffung der amtl. Untersuchungen wurden die Prozesse hinterfragt und hinsichtlich der Ablauforganisation optimiert. Notwendige Nachsteuerungen im Probenmanagement (Qualitätssicherung), Kommunikationsprobleme und Personalfluktuation waren Auslöser hierfür.
• Auftragsgeschäft	Im Rahmen der Prozessoptimierung wurde Ende November das Projekt „Optimierung des Auftragsgeschäfts“ gestartet, nachdem durch Wegfall von Kunden deutliche Mindereinnahmen im Auftragsgeschäft Abwasser und Blutalkohol (PP Wuppertal vergibt Proben künftig anderweitig) zu verzeichnen sind.
• Fusionen	Gespräche auf Verwaltungsebene zur engeren Zusammenarbeit mit den Instituten in Düsseldorf und Mettmann (fusionieren zum 01.01.02 mit Neuss) haben bisher nicht zu konkreten Ergebnissen geführt. Inzwischen gibt es Kontakte zum CHU Moers (Verbund mit Essen und Viersen).
• Kosten- und Leistungsrechnung / Einführung von SAP	Als Anwender der Kosten- und Leistungsrechnung wurde 303 im Rahmen der SAP-Einführung 303 als Pilotanwender ausgewählt. Damit verbunden ist die detaillierte Aufstellung von Teilergebnisplänen im Rahmen des Produkt-Haushaltes und Neustrukturierung der Leistungsbeziehungen in- und extern. Die entstehende Transparenz von Kostenstrukturen, inneren Leistungsverrechnungen und Leistungsarten der Mitarbeiter/-innen wird auf der anderen Seite einen erheblichen Aufwand im administrativen Bereich erzeugen.
2.1.4 Stadtbetrieb 304	Die Personalsituation auf Basis des bestehenden Ausfallfaktors hat sich zum Jahresende entschärft, nur der Ausfallfaktor stimmt noch nicht. Durch Übernahme des Grundausbildungslehrgangs 2000 konnte die Zahl der zum Jahresende vakanten Stellen im Einsatzdienst auf drei reduziert werden. Allerdings konnte die geplante (und nötige) Zahl externer Neueinstellungen nicht annähernd erreicht werden. Der Grundausbildungslehrgang 2002 soll im März starten. Im Krankentransport und Rettungsdienst insgesamt ein gutes Geschäftsjahr. Durch einen verstärkten Einsatz von Personal bei der Krankentransportabrechnung konnte das Ergebnis u.a. durch Aufarbeitung der Arbeitsrückstände um ca. 1,2 Mio. DM verbessert werden. Die Freistellung der ehrenamtlichen Freiwilligen Feuerwehrmänner ist tagsüber ein stetig wachsendes Problem.
• Bauprojekte	Nachdem die Fördermodalitäten des Landes von projektbezogener Förderung auf Globalzuweisungen umgestellt wurden, sind im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushaltes Prioritäten für die geplanten Projekte gesetzt worden. Danach ist mit der Baubeginn zur neuen Feuer- und Rettungswache Ost an der Waldeckstraße für September 2002 geplant. Der Polizeipräsident beabsichtigt, in das Objekt Räumlichkeiten für eine Bezirksdienststelle Heckinghausen integrieren zu lassen. Im Bauleitplanverfahren Nr. 998 (Korzert) konnte eine Standortsicherung für die geplante Rettungswache Süd mit Neubau der Wache für die FF Hahnerberg erreicht werden. Die Realisierung der Baumaßnahme ebenso wie für das Feuerwehrhaus für die FF Linde soll angesichts der äußerst schwierigen Finanzlage zurückgestellt werden. Die Feuerwehr Wuppertal (BF und FF) hat sich wegen der Realisierung auch dieser Neubaumaßnahmen in einer Resolution vom 15.06.01 an alle diejenigen gewandt, die in dieser und für diese Stadt Verantwortung tragen. Für Linde besteht noch die Hoffung, das Projekt – ohne zusätzliches Ausbildungs-Zentrum - in absehbarer Zeit aus Verkaufserlösen der FF zu realisieren.

	Umbau und Erweiterung des Feuerwehrhauses der FF Nächstebreck schreiten voran. Die planmäßige Fertigstellung soll im Februar 2002 erfolgen.
• Sanitätsdienst bei Veranstaltungen	In einer Pressekonferenz am 18.06.01 wurden die Medienvertreter vom Geschäftsbereichsleiter noch einmal eingehend davon unterrichtet, dass die Anwendung des sog. Maurer-Papiers als Berechnungsgrundlage der Feuerwehr zur Bemessung des Sanitätsdienstes nicht zur Bereicherung des Haushaltsbudgets der Stadt Wuppertal beiträgt, da die Preise für die Gestellung des medizinischen Personals und der Fahrzeuge ausschließlich von den Hilfsorganisationen vorgegeben werden. In der Sitzung des Ausschusses Schutz und Ordnung am 24.09.01 hat die Verwaltung im Sinne der Drucks. Nr. 1095/01 zu den sanitäts- und rettungsdienstlichen Anforderungen für Veranstaltungen Stellung bezogen. Des weiteren wurde ein Gutachten durch die Rechtsabteilung zur Klärung der Frage eingeholt, inwieweit das Maurer-Papier als eine verbindliche Handlungsgrundlage im Sinne eines technischen Standards anzuwenden sei. Die verwaltungsinterne Abstimmung zur rechtlichen Bewertung läuft noch. Zur Zeit versucht 304 mit den Veranstaltern auf einer Vereinbarungsebene ein kundenfreundliches Verfahren zu entwickeln.
• Rettungsdienstbedarfsplan	Das Gutachten über die Dimensionierung des Rettungsdienstes in der Stadt Wuppertal wurde vom Gutachter vorgestellt und diskutiert. Es beinhaltet Hinweise auf Synergieeffekte durch eine gemeinsame Leitstelle mit den Städten Remscheid und Solingen und einen gemeinsam dimensionierten Krankentransport und Rettungsdienst.
• Mehrdienstleistungen Krankentransportdienst	Die als zu hoch empfundene Belastung durch den Krankentransport und Rettungsdienst führt auch zu einem Rückgang an „Freiwilligkeit“ beim bis 2000 gut funktionierenden MDL-System. Inzwischen ist der Malteser Hilfsdienst nach DRK und ASB die dritte in den Krankentransportdienst durch die Leitstelle eingebundene Hilfsorganisation.
• Mehrdienstleistungen Brandschauen	Der Personalrat hat einer Verlängerung des bewährten MDL-Systems unter Hinweis auf das Bündnis für Arbeit bereits im Vorjahr nicht zugestimmt. Die wirtschaftlichere Lösung greift damit nicht. Die Zahl der Brand- bzw. Nachschauen musste erheblich reduziert werden.
• GPS	Die steigenden Zahlen im Krankentransport und Rettungsdienst sprechen zwingend für die Einführung des Systems. Sie ist nunmehr auf Basis eines Dienstleistungsvertrags ist für 2002 im Zusammenhang mit der neuen Leitstelle geplant.
• Zertifizierung (ISO 9001)	Im Rahmen der Diplomarbeit von Frau Thönißen wurden bei den Prozessbeschreibungen bis März 2001 gute Fortschritte erreicht. Seitdem gehen die Arbeiten nur noch langsam voran.
• Outsourcing Kleiderkammer / Atemschutzwerkstatt	Die WIBERA-Studie über die Kosten der Kleiderkammer und der Atemschutzwerkstatt liegt vor. Ein Outsourcing der Kleiderkammer würde ein erhebliches Konfliktpotenzial zwischen BF und FF beseitigen. Die EU-weite Ausschreibung ist in Arbeit.
• Interkommunale Zusammenarbeit	Die von Mettmann angestrebte Kooperation auf dem Gebiet der Leitenden Notarztgruppe wurde aufgrund des Widerstands bei Teilnehmern unserer LNA-Gruppe endgültig abgesagt. Das Themenfeld wird jetzt vorrangig in einer von den Oberbürgermeistern der drei bergischen Großstädte einberufenen Arbeitsgruppe aufbereitet. Vorrangig wird es dabei um eine gemeinsame Feuerwehr-Leitstelle sowie einen Abgleich der Brandschutzbedarfspläne gehen.
• Pilotprojekt Öko-Audit	Die Vorbereitung der unternehmensweiten externen Überprüfung des Umweltmanagementsystems (Projekt „Öko-Audit“/Zertifizierung nach DIN EN ISO 14001) bildete den Schwerpunkt des betrieblichen Umweltschutzes im GB 3. Neben der Erarbeitung der notwendigen Wissensbasis in Workshops des Umweltmanagementteams wurde im Verlauf dieser Maßnahmen eine Entscheidung darüber getroffen, mit welcher Leistungseinheit (SB 304 – Berufsfeuerwehr) das Pilotprojekt „Öko-Audit“ gestartet wird.
2.2 Besondere Ereignisse im	- 301: Ein kompletter Heizungsausfall am 27.12.01 verursachte im Gebäude Steinweg 20 an diesem Tage die Einstellung des

Berichtszeitraum	Dienstbetriebs. Bei Raumtemperaturen von ca. 7 Grad war ein Arbeiten nicht zumutbar. - 302: Die neue Sperrzeitregelung führt zu Mindereinnahmen von rund 175.000 EURO jährlich. - 304: Im Zusammenhang mit vermeintlichen „Milzbrand-Anschlägen“ wurden allein im Oktober bei der Feuerwehr ca. 800 Arbeitsstunden geleistet. Dazu kommen Personalkosten durch die Alarmierung verschiedener anderer Dienststellen sowie Sachkosten im Zusammenhang mit der Probenentnahme und Untersuchung der Verdachtsstoffe. - EURO: Die Vorbereitungen für die Umstellung der DM auf den EURO waren aufwendig und umfangreich. - Personalien: Seit dem 01.06.01 ist die Stelle des Abteilungsleiters „Verkehrsordnungsangelegenheiten“ mit Herrn Carsten Vorsich neu besetzt.
2.3 Informationen zur Entwicklung bei Kennzahlen und Messgrößen	Die im Mai 2001 zwischen 204 und 301 abgeschlossene Controlling-Vereinbarung zur Optimierung der Landeserstattung hat sich sehr positiv entwickelt. Die Fehlerquote lag am 30.06.01 bei noch 3,19 % und am 31.12.01 bei nur 0,2 %. Eine wirkliche Aussagekraft wäre nur bei entsprechendem Controlling in den Leistungseinheiten der übrigen Verwaltung bei Vergleich gegeben. Hier besteht ein echter Bedarf! Der seit 1999 zu verzeichnende Rückgang der Fallzahlen bei Reisepässen und Bundes-Personalausweisen ist zurückzuführen auf die Gültigkeitszyklen der erstmalig 1989 ausgegebenen „fälschungssicheren“ Ausweisdokumente. Die Gründe für den besonders auffälligen Fallzahlanstieg in der Führerscheinstelle seit Oktober 2000 wurden bereits in Kapitel 2.1.2 beschrieben. Im vergangenen Jahr wurden im Einzugsbereich des Chemischen Untersuchungsinstitutes 2.588 Lebensmittel und Bedarfsgegenstände untersucht. Die mindestens zu untersuchende Probenzahl von 2.807 (vorgegeben durch die Verwaltungsvorschrift zum Vollzug des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständerechts – Bereich Betriebsüberwachung / Proben – entsprechend den Einwohnerzahlen) wurde um 219 Proben absolut bzw. 7,8 % relativ unterschritten, weil LMÜ-Wuppertal im Herbst 2001 aufgrund eines neuen DV-Verfahrens zunächst die erforderlichen Grunddaten gewinnen und erfassen musste und daher die Kontrolltätigkeit sowie die Probennahme auf das notwendige Maß reduziert hat. Unberücksichtigt bleiben dabei 102 Untersuchungen aufgrund von Verbraucherbeschwerden. Das Auftragsgeschäft stellt sich unterschiedlich dar: Für den umsatzstärksten Bereich der Bade-/ Brunnenwasser-Untersuchungen mit ca. 2/3 Umsatzvolumen des gesamten Auftragsgeschäftes konnte gegenüber dem Zielwert eine Steigerung von 6,8 % (1.270 Proben) erreicht werden. In den Bereichen Abwasser- (118 Proben), Blutalkohol- (1.252 Proben) und Luft- (190) / Verschiedenes-Untersuchungen wurden die Zielwerte dagegen um 46,7 %, 23,0 % und 41,8 % nicht erreicht. Die negative Tendenz bei den Blutalkohol-Untersuchungen setzte sich fort. In 2002 werden keine Blute mehr untersucht!

3. Status der wichtigsten Maßnahmen und Projekte des Geschäftsbereiches:	Aufgrund der unsicheren Haushaltssituation verzichtet die Verwaltung auf die Vorlage der Managementprogramme 2002/2003 zum jetzigen Zeitpunkt.
4. Finanzielle Entwicklung / Haushaltssituation / personelle Entwicklung:	Die FINCO-Prognose zum Jahresabschluss 2001 endet mit einem Überschuss von ca. 5,18 Mio. DM. An dieser positiven Entwicklung sind anteilig alle (!) Leistungseinheiten des Geschäftsbereichs beteiligt. Bedingt durch zahlreiche Korrekturen der ursprünglichen Mietforderungen des GMW werden im GB allein an Mieten/Betriebskosten ca. 1,5 Mio. DM als Minderausgabe ausgewiesen (davon sind etwa 1 Mio. DM bei 304 erzielt worden). Das erreichte Ergebnis muss weiter bereinigt werden um systembedingte Minderausgaben i.H.v. 628 TDM bei Miete/Betrieb des Großmarktes. Unter Berücksichtigung dieser Abzüge und von Netto-Mehreinnahmen – insbesondere Gebühren und Bußgelder - bei 301 (433 TDM), 302 (711 TDM) und 304 (1,5 Mio. DM) schließt der GB 3 zum Jahresende mit einer Verbesserung von rund 3 Mio. DM ab. Das Ergebnis von 301 wird beeinflusst durch das Nichterreichen prognostizierter Fallzahlen bei den Einbürgerungen (um ca. 266 TDM wird die Einnahmeerwartung bei den Einbürgerungen unterschritten) sowie durch nennenswerte Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben in anderen Bereichen. Partiell schließt 301 zum Jahresende mit einer Verbesserung von rd. 503 TDM netto (einschl. Personalmehrausgaben von ca. 9 TDM) ab. Der Stadtbetrieb 303 (CUI) prognostiziert einen positiven Jahresabschluss (Verbesserung 80 TDM), darin berücksichtigt sind allerdings Ausgleichs-/ Nachzahlungen aus der Betriebsabrechnung für 1999 in Höhe von knapp 100 TDM (saldiert) von den Städten Remscheid und Solingen und Minderausgaben bei Energie und Personal von 60 TDM. Damit konnten tatsächlich eingetretene Mindereinnahmen im Auftragsgeschäft (ca. 74 TDM) kompensiert werden. Besonders beim Personal der Feuerwehr machten sich schlechtere Pensionserwartungen in Folgejahren durch vermehrte vorzeitige Abgänge bemerkbar. Außerdem wirkten sich die Nichteinstellungen dringend benötigten Personals im Einsatzdienst aus (Bewerber/-innen erfüllen Anforderungsprofil nicht). Daraus ergeben sich unvorhergesehene (und nicht unbedingt erwünschte) „Ausgabereste“ von insgesamt ca. 920 TDM für den GB bei den Personalausgaben.

5. Ausblick und Perspektiven:	Die Diskussion über die Schließung der Meldestelle Elberfeld als HSK-Maßnahme wird im Rahmen der Überlegungen zur Umwandlung des Rathauses in ein „Bürgerhaus“ mit zentraler Ansiedlung aller publikumsintensiven Dienststellen wieder aufgenommen. In 2002 ff. wird das jeweils positive Finanzergebnis der vergangenen Jahre bei 302 nicht mehr zu erwarten sein, da die im Haushaltsplanentwurf vorgesehenen Budgetansätze insbesondere bei den Personalkosten nicht ausreichen können. Diese Entwicklung ergibt sich speziell durch die seit Anfang 2001 nicht ausreichend budgetierte neue Aufgabe des Kommunalen Ordnungsdienstes und die notwendigen – ebenfalls aber nicht budgetierten – personellen Erweiterungen im Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt. Unter der Überschrift „Klasse statt Masse“ sieht die Feuerwehr die Chance zur Konsolidierung des Betriebes in Richtung Wirtschaftlichkeit. Dazu sind allerdings in 2002 Grundsatzentscheidungen zu treffen, die das Risiko ausschließen, dass der Stadtbetrieb 304 durch Inkonsequenz und Ziellosigkeit verelendet. Entsprechende strategische Papiere sind eingebracht aber nicht behandelt bzw. entschieden. Das EU-Urteil „Bereitschaftszeit = Arbeitszeit“ hat möglicherweise Auswirkungen auf Personal und alle Strukturen bei der Feuerwehr. Der Zeithorizont für eine Wirksamkeit des Urteils auf deutschem Boden ist noch unbestimmt.

Hackländer

Anlagen

- Kennzahlen und Messgrößen 301-304
- RAMS GB 3 (aktueller Sachstand)

		BPA				RP				
		1999	2000	2001		1999	2000	2001		199
Januar	J	4.736	4.714	4.151	J	1.846	2.152	1.845	J	
Februar	F	3.774	4.389	3.781	F	1.555	2.048	1.733	F	
März	M	5.208	4.768	4.741	M	1.821	1.992	1.855	M	
April	A	5.115	4.035	3.886	A	1.795	1.507	1.583	A	
Mai	M	4.089	4.564	4.080	M	1.480	1.725	1.583	M	
Juni	J	4.427	3.783	3.597	J	1.412	1.244	1.145	J	
Juli	J	4.241	3.953	3.828	J	1.342	1.229	1.215	J	
August	A	3.729	3.715	3.529	A	1.239	1.200	1.050	A	
September	S	3.494	2.745	2.760	S	1.038	914	764	S	
Oktober	O	3.063	2.971	3.403	O	988	971	869	O	
November	N	2.978	2.923	3.149	N	970	947	792	N	
Dezember	D	3.115	2.389	2.212	D	1.142	872	602	D	

		Geburten				Sterbefälle		
		1999	2000	2001		1999	2000	2001
Januar	J	301	274	314	J	406	390	406
Februar	F	252	273	200	F	350	431	317
März	M	275	263	257	M	504	385	353
April	A	243	242	249	A	370	291	314
Mai	M	237	256	282	M	321	361	381
Juni	J	229	239	236	J	365	292	270
Juli	J	293	268	272	J	314	288	363
August	A	255	263	270	A	302	322	343
September	S	249	258	242	S	337	285	288
Oktober	O	245	252	283	O	324	339	370
November	N	265	233	238	N	395	374	323
Dezember	D	265	212	194	D	378	348	283

Ressort/ Stadtbetrieb:	302.1

Fallzahlen der Hauptgeschäfte:	Verwarnungen ruhender Straßenverkehr

	1999	2000	2001
J	15.276	20.206	17.714
F	13.219	17.462	17.235
M	22.901	20.092	23.084
A	19.898	14.786	14.742
M	19.801	21.446	19.382
J	20.509	17.200	18.973
J	17.382	15.501	17.613
A	20.460	18.220	19.299
S	21.234	18.676	19.029
O	18.934	19.028	18.815
N	17.186	19.819	20.270
D	14.648	15.522	15.180
	221.448	217.958	221.336

Ressort/ Stadtbetrieb:	302.1

Fallzahlen der Hauptgeschäfte:	Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachung

	1999	2000	2001
J	6.773	4.733	4.513
F	2.483	2.923	3.429
M	5.024	2.966	4.763
A	4.658	4.910	3.298
M	3.949	4.992	5.220
J	5.998	4.056	3.068
J	4.828	3.188	3.150
A	3.341	4.704	3.644
S	5.261	3.327	5.329
O	1.814	4.068	4.733
N	6.773	3.989	5.977
D	2.532	4.052	2.105
	53.434	47.908	49.229

Ressort/ Stadtbetrieb:	302.2

Fallzahlen der Hauptgeschäfte:

Bekämpfung der Schwarzarbeit hier: Höhe der rechtskräftigen Bußgelder

	1999	2000	2001
J	130.425	63.939	96.612
F	67.281	124.257	58.500
M	116.353	81.063	167.118
A	81.693	207.590	80.485
M	134.036	17.711	43.160
J	101.625	78.052	132.663
J	110.867	23.176	16.855
A	27.500	44.780	161.876
S	244.723	37.555	98.189
O	237.544	38.982	6.899,00
N	84.645	123.284	12.254,42
D	14.538	72.627	90.371,50
	1.351.229	913.015	964.981

Ressort/ Stadtbetrieb: 302.2

Fallzahlen der Hauptgeschäfte:

Zahl der Gaststättenkonzessionen

	1999	2000	2001
J	63	62	39
F	62	72	40
M	62	67	54
A	71	66	69
M	74	106	82
J	61	100	64
J	88	48	53
A	61	53	67
S	52	55	69
O	66	53	74
N	68	70	62
D	84	61	55
	812	813	728

Ressort/ 302.3

Stadtbetrieb:

Fallzahlen der Hauptgeschäfte: Anträge auf Ausstellungen von Führerscheinen

	1999	2000	2001
J	1.727	1.490	3.674
F	1.408	1.660	3.445
M	1.918	1.698	3.843
A	1.485	1.336	3.187
M	1.454	1.724	3.266
J	1.942	1.767	2.280
J	1.708	1.739	2.344
A	1.569	1.993	2.087
S	1.689	1.797	1.578
O	1.551	2.027	1.817
N	1.522	2.202	1.470
D	1.475	2.886	1.221
	19.448	22.319	30.212

Ressort/ Stadtbetrieb: 302.3

Fallzahlen der Hauptgeschäfte: Zahl der Zulassungen

	1999	2000	2001
J	5.117	4.638	4.432
F	4.327	4.822	4.426
M	7.322	6.560	6.079
A	6.274	5.541	5.393
M	5.602	6.266	5.776
J	6.068	5.099	5.058
J	5.379	4.785	5.044
A	5.018	5.047	4.953
S	5.138	4.597	4.284
O	4.856	4.590	4.775
N	4.387	4.405	4.265
D	4.307	3.674	3.170
	63.795	60.024	57.655

GB 3

SB 303 Chem. Untersuchungsinstitut

Bürgerberatung (Umweltchemikalien, Schadstoffe in Innenräumen, ...)

Stand : 4. Quartal '01

Aktion	1999				2000				2001			
	I. Q.	II.Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II.Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II.Q.	III. Q.	IV. Q.
Telefon. Beratg. (Zahl)	77	37	66	77	84	56	59	68	71	51	69	60
Zeitaufwand (Stunden)	16	10	16	14	16	12	13	15	16	12	18	15
Folgeaufträge (Zahl)	11	9	8	9	4	7	5	7	8	9	5	4
Beratungen in VZ (Zahl)	7	3	16	13	16	11	20	15	4	6	19	14
Folgeaufträge (Zahl)	1	1	0	1	2	1	1	1	1	0	1	0

Ressort/Stadtbetrieb: 304

Fallzahlen der Hauptgeschäfte:

Brandeinsätze insgesamt

	J	F	M	A	M	J	J	A	S	O	N	D
1998	142	91	119	93	107	78	88	106	97	96	121	123
1999	153	104	141	120	116	125	126	147	121	90	123	147
2000	144	99	96	110	140	114	99	140	130	122	102	142
2001	138	125	107	95	127	159	107	122	106	120	125	134

technische Hilfeleistungen

	J	F	M	A	M	J	J	A	S	O	N	D
1998	204	169	270	259	241	291	240	228	346	297	251	222
1999	192	176	258	255	231	225	258	351	254	212	239	246
2000	207	199	237	196	387	276	313	299	217	270	190	210
2001	219	221	276	276	237	291	287	261	320	329	267	311

Notfalleinsätze / Krankentransporte

	J	F	M	A	M	J	J	A	S	O	N	D
1998	3436	3615	4138	3709	3782	3742	3778	3865	3874	4062	4058	4347
1999	3394	3482	3431	3055	3084	3233	3363	3441	3406	3241	3386	3388
2000	3383	3289	3345	3180	3332	3144	3313	3361	3493	3413	3422	3383
2001	3529	3150	3641	3116	3685	3622	3581	3711	3696	3691	3648	3854

Brandschauen

	J	F	M	A	M	J	J	A	S	O	N	D
1998	16	27	35	38	44	20	16	29	19	35	36	30
1999	21	35	51	35	17	47	13	22	51	27	15	25
2000	16	39	41	22	24	19	6	6	6	9	23	16
2001	16	28	17	19	12	12	6	16	17	12	21	10

Nachschau

	J	F	M	A	M	J	J	A	S	O	N	D
1998	11	9	17	6	13	24	9	9	5	8	11	8
1999	3	10	12	19	24	22	26	18	21	9	8	5
2000	33	33	13	14	27	12	18	26	22	16	36	15
2001	26	29	15	15	15	9	15	22	9	23	11	10

Stellungnahmen/Ausgang

	J	F	M	A	M	J	J	A	S	O	N	D
1999	36	32	45	40	40	38	38	41	34	30	31	31
2000	33	41	33	45	36	23	41	34	28	19	31	18
2001	41	24	23	46	28	26	45	83	36	30	34	20

Stellungnahme/Bestand

	J	F	M	A	M	J	J	A	S	O	N	D
1999							32	36	27	23	29	27
2000	22	35	44	22	26	34	18	17	22	28	23	27
2001	18	17	40	33	30	29	26	17	17	37	29	27

Ratsauftragsmanagementsystem
- RAMS -
- Monatsbericht -

Berichtsempfänger: Ausschuss Schutz und Ordnung
Büro OB Herrn Wagner

μ
μ
λ

Absender: SB 302 - Ressort Ordnungsaufgaben

Ratsauftrag/Drucks.: **VO/0354/01/S**

Einführung der mobilen Geschwindigkeitsüberwachung

Berichtsmonat: **Februar 2002**

1. Gesamtsituation:

Der Rat der Stadt hat am 17.12.2001 die Drucksache beschlossen.
Zwischenzeitlich wurde der Anforderungskatalog definiert und die Angebote der in Frage kommenden Anbieter (Fa. Robot; Monheim, Fa. Truvelo, Duisburg) eingeholt.

Mittelfreigabe:	erfolgt am 06.02.2002
Abstimmung mit Vergabestelle:	erfolgt am 05.02.2002
Zustimmung RPA:	erfolgt am 07.02.2002
Zustimmung Personalrat:	Anfrage erfolgte am 04.02.2002, Rücklauf vorgesehen bis 01.03.2002
Auftragsvergabe Messtechnik	Auftrag am 19.02.2002 gefertigt
Beschaffung KFZ:	Angebotsabfrage erfolgt
Inbetriebnahme:	vorgesehen bis 01.05.2002

2. Veränderungen gegenüber dem Vormonat:
(z.B. Terminverschiebungen, Kostenerhöhungen und eingeleitete/geplante Gegensteuerungsmaßnahmen)

3. Sonstiges/Besonderheiten/Anmerkungen:

Hackländer

Ratsauftragsmanagementsystem
- RAMS -
- Monatsbericht -

Berichtsempfänger: Ausschuss Schutz und Ordnung
Büro OB Herrn Wagner

μ
μ
λ

Absender: SB 304 - Feuerwehr

Ratsauftrag/Drucks.: **1095/01**

Sanitäts- und rettungsdienstliche Anforderungen für Veranstaltungen

Berichtsmonat: **Februar 2002**

2. Gesamtsituation:

Der Rat der Stadt hat am 24.09.01 die Drucksache zur Vorberatung an den Ausschuss Schutz und Ordnung verwiesen. Dieser hat in seiner Sitzung am 24.10.01 den mündlichen Bericht sowie die schriftlichen Antworten der Verwaltung zu den Fragen aus Drs. Nr. 1095/01 (Tischvorlage) zur Kenntnis genommen. Die Beschlussfassung wurde vertagt.

3. Veränderungen gegenüber dem Vormonat:
(z.B. Terminverschiebungen, Kostenerhöhungen und eingeleitete/geplante Gegensteuerungsmaßnahmen)

Die Feuerwehr Wuppertal beabsichtigt zukünftig, mit den Veranstaltern eine schriftliche Vereinbarung über die Dimensionierung des Sanitätsdienstes zu schließen. Dazu erfolgt ein frühzeitiger Kontakt mit dem Ziel einer einvernehmlichen Einigung. Die Vereinbarung wird von beiden Seiten unterschrieben. Erste positive Erfahrungen wurden bereits gemacht.
Grundlage für dieses Vorgehen ist ein Vergleich aus dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren vor der 16. Kammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 31.10.2001, Az.:16 K 75/00, in dem der Beklagte (Oberbürgermeister) durch seinen Vertreter erklärte:
„Der Beklagte wird in Zukunft Sondernutzungserlaubnisse beziehungsweise straßenverkehrsrechtliche Ausnahmegenehmigungen zum Durchführen von Veranstaltungen im öffentlichen Straßenraum nicht mehr mit Nebenbestimmungen derart versehen, dass der Veranstalter auf seine Kosten einen Sanitätsdienst gemäß den Anforderungen des Stadtbetriebes Feuerwehr beauftragen muss.
Der Beklagte behält sich allerdings vor, eine entsprechende Regelung in gesonderten ordnungsbehördlichen Verwaltungsakten vorzunehmen.“

3. Sonstiges/Besonderheiten/Anmerkungen:

keine

Hackländer

Ratsauftragsmanagementsystem
- RAMS -
- Monatsbericht -

Berichtsempfänger: Ausschuss Schutz und Ordnung
Büro OB Herrn Wagner

μ
μ
λ

Absender: SB 304 - Feuerwehr

Ratsauftrag/Drucks.: 2620/00

Umbau und Erweiterung des Feuerwehrhauses der Freiwilligen Feuerwehr Nächstebreck, Linderhauser Str. 58

Berichtsmonat: **Februar 2002**

4. Gesamtsituation:

Der Rat der Stadt hat am 26.06.00 den Umbau und die Erweiterung des Feuerwehrhauses für die Freiwillige Feuerwehr Nächstebreck an der Linderhauser Straße 58 gemäss Vorlage beschlossen.

2. Veränderungen gegenüber dem Vormonat:
(z.B. Terminverschiebungen, Kostenerhöhungen und eingeleitete/geplante Gegensteuerungsmaßnahmen)

Die Umbaudurchführung läuft.

3. Sonstiges/Besonderheiten/Anmerkungen:

Die Innenarbeiten und Installationsarbeiten an dem v.g. Umbau/Erweiterung des Feuerwehrhauses Nächstebreck sind in vollem Gange. Durchbrüche, Fenster und Tore sind einbebaut. Zur Zeit laufen Verputzarbeiten, die in den nächsten Tagen abgeschlossen sind. Die Maßnahme liegt witterungsbedingt leicht hinter dem Zeitplan. Fertigstellung ist voraussichtlich März 2002.

Hackländer

Ratsauftragsmanagementsystem
- RAMS -
- Monatsbericht -

μ
λ
μ

Berichtsempfänger: Ausschuss Schutz und Ordnung
Büro OB Herrn Wagner

Absender: SB 304 - Feuerwehr

Ratsauftrag/Drucks.: 7002 / 98 und 7022/99

Neubau einer Feuer- und Rettungswache II an der Waldeckstraße

Berichtsmonat: **Februar 2002**

1. Gesamtsituation:

Grundsatzbeschlüsse des Rates der Stadt vom 23.03.98 – Drs.Nr. 7002/98 – und 13.12.99 – Drs.Nr. 7022/99 - zur Errichtung einer Feuer- und Rettungswache II an der Waldeckstraße mit Gesamtkosten von 13.120.000 DM.
Wegen der von der LandesReg beschlossenen veränderten Förderung des Feuerschutzes von Projektförderung auf pauschale Zweckzuweisungen ist die im IP für dieses Projekt vorgesehene und rechtzeitig beantragte Zuwendung von insgesamt 5,6 Mio. DM nicht zu realisieren. Die Bemühungen von Herrn OB Kremendahl die Landesregierung zu bewegen, für dieses Projekt doch noch die bisherige Projektförderung anzuwenden, sind erfolglos geblieben.
Der Verwaltungsvorstand hat beschlossen, die Finanzierung dieser Neubaumaßnahme ab 2002 im Vermögenshaushalt / IP sicherzustellen, und zwar unabhängig von der Höhe pauschaler oder projektbezogener Landeszuwendungen Das dem Rat der Stadt vorgelegte Investitionsprogramm 2001 – 2006 sieht die Finanzierung dieser Baumaßnahme für die Jahre 2002 – 2004 vor.
Auf Anregung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW hat am 23.10.01 zwischen den beteiligten Dienststellen der Stadtverwaltung und der Polizei ein gemeinsames Gespräch zum Thema „Integration der Polizeiinspektion Wuppertal-Ost in den Neubau der Feuerwache Ost“ stattgefunden. Beide Seiten stehen diesem Vorhaben positiv gegenüber und haben vereinbart es in die weiteren Planung einzubeziehen.

2. Veränderungen gegenüber dem Vormonat:
(z.B. Terminverschiebungen, Kostenerhöhungen und eingeleitete/geplante Gegensteuerungsmaßnahmen)

Zur Unterbringung der Polizei-Bezirksdienststelle im Neubau dieser Feuer- und Rettungswache liegt die abschließende positive Antwort der Polizei vom12.02.2002 inzwischen vor. Ein entsprechender Mietvertrag wird zwischen GMW und Polizei zu gegebener Zeit abgeschlossen.

3. Sonstiges/Besonderheiten/Anmerkungen:

Die fortgeführte Planung sieht folgende Termine vor:
Baubeginn: 01.09.2002
Bauzeit: 18 Monate
Fertigstellung: 01.03.2004

Hackländer

Ratsauftragsmanagementsystem
- RAMS -
- Monatsbericht -

λ
μ
μ

Berichtsempfänger: Ausschuss Schutz und Ordnung
Büro OB Herrn Wagner

Absender: SB 304 - Feuerwehr

Ratsauftrag/Drucks.: 7004/98 und 1057 / 98

Neubau eines Feuerwehrhauses für die Freiwillige Feuerwehr Hahnerberg und einer Rettungswache Süd – Korzert -

Berichtsmonat: Februar 2002

1. Gesamtsituation:

Der Rat der Stadt hat am 15.06.98 den Neubau eines Feuerwehrhauses für die Freiwillige Feuerwehr Hahnerberg und einer Rettungswache Süd an der Küllenhahner Straße / Theishahner Straße (Korzert) im Grundsatz beschlossen.
Wegen der von der LandesReg beschlossenen veränderten Förderung des Feuerschutzes von Projektförderung auf pauschale Zweckzuweisungen ist die im IP für dieses Projekt vorgesehene und rechtzeitig beantragte Zuwendung von insgesamt 1,7 Mio. DM nicht zu realisieren. Die Bemühungen von Herrn OB Kremendahl die Landesregierung zu bewegen, für dieses Projekt noch die bisherige Projektförderung anzuwenden, sind erfolglos geblieben.
Diese Maßnahme soll angesichts der äußerst schwierigen Finanzlage zurückgestellt werden. Im Entwurf des Investitionsprogramms 2001 – 2006 ist sie nach 2006 vorgesehen.
Die Feuerwehr Wuppertal (Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr) hat sich wegen der Realisierung auch dieser Neubaumaßnahme in einer Resolution vom 15.06.2001 an alle diejenigen gewandt, die in dieser und für diese Stadt Verantwortung tragen.

2. Veränderungen gegenüber dem Vormonat:
(z.B. Terminverschiebungen, Kostenerhöhungen und eingeleitete/geplante Gegensteuerungsmaßnahmen)

keine

3. Sonstiges/Besonderheiten/Anmerkungen:

Wegen des oben unter Ziffer 1 Gesagten (Fettdruck) wird von einer weiteren regelmäßigen RAMS-Berichterstattung abgesehen. Sie wird wieder aufgenommen, wenn bezüglich Finanzierung und Realisierung dieser Maßnahme Änderungen eintreten.

Hackländer

Ratsauftragsmanagementsystem
- RAMS -
- Monatsbericht -

λ
μ
μ

Berichtsempfänger: Ausschuss Schutz und Ordnung
Büro OB - Herr Wagner

Absender: SB 304 - Feuerwehr

Ratsauftrag/Drucks.: 7006 / 98

Neubau eines Feuerwehrhauses für die Freiwillige Feuerwehr Linde

Berichtsmonat: **Februar 2002**

1. Gesamtsituation:

Der Rat der Stadt hat am 15.06.98 den Neubau eines Feuerwehrhauses für die Freiwillige Feuerwehr Linde im Grundsatz beschlossen –Drs.Nr. 7006/98. Die Planung ist zwischen den beteiligten städtischen Dienststellen abgestimmt. Eine positiv beantwortete Bauvoranfrage liegt vor.
Wegen der von der LandesReg beschlossenen veränderten Förderung des Feuerschutzes von Projektförderung auf pauschale Zweckzuweisungen ist die im IP für dieses Projekt vorgesehene und rechtzeitig beantragte Zuwendung von insgesamt 0,63 Mio. DM nicht zu realisieren. Die Bemühungen von Herrn OB Kremendahl die Landesregierung zu bewegen, für dieses Projekt noch die bisherige Projektförderung anzuwenden, sind erfolglos geblieben.
Diese Maßnahme soll angesichts der äußerst schwierigen Finanzlage zurückgestellt werden. Im Entwurf des Investitionsprogramms 2001 – 2006 ist sie nach 2006 vorgesehen.
Die Feuerwehr Wuppertal (Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr) hat sich wegen der Realisierung auch dieser Neubaumaßnahme in einer Resolution vom 15.06.2001 an alle diejenigen gewandt, die in dieser und für diese Stadt Verantwortung tragen.

2. Veränderungen gegenüber dem Vormonat:
z.B. Terminverschiebungen, Kostenerhöhungen und eingeleitete/geplante Gegensteuerungsmaßnahmen)

keine

3. Sonstiges/Besonderheiten/Anmerkungen:

Wegen des oben unter Ziffer 1 Gesagten (Fettdruck) wird von einer weiteren regelmäßigen RAMS-Berichterstattung abgesehen. Sie wird wieder aufgenommen, wenn bezüglich Finanzierung und Realisierung dieser Maßnahme Änderungen eintreten.

Hackländer

Verteiler: